

## Der Baselbieter Regierung scheint es an Sachverstand und Vernunft zu fehlen!

Wer das politische Geschehen etwas verfolgt, dem sind die verzweifelten Sparbemühungen, oder sollte ich sie nicht eher zweifelhaft nennen, hinlänglich bekannt. Das Gerangel um die Millionen nimmt kein Ende. Der schlechte Nachgeschmack will nicht weichen, dass nicht dort gespart wird wo man eigentlich müsste und wo es auch "einschenkt", z.B. vermehrt bei den Investitionen, sondern dort, wo (scheinbar) mit am wenigsten Widerstand zu rechnen ist und wo man (vermeintlich) am wenigsten Wähler verärgert. Die langfristigen Konsequenzen werden einfach ausgeblendet...

Die Erkenntnis hat sich bei der Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt, dass die Erhaltung der Biodiversität, die Sicherstellung von Naturwerten, die Bekämpfung der Neophyten, aber auch Unterhalt, Besucherlenkung und Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Landschaftsschutz dringend notwendig sind. Die entsprechenden Massnahmen sind auf allen Ebenen verbindlich geregelt. Diese bleiben nun aber fast vollends auf der Strecke, nachdem es schon seit Jahren an genügend personellen und finanziellen Ressourcen dazu gefehlt hat, weil sie von unserer Regierung einfach ignoriert werden.

Jeder mit etwas Sachverstand ausgestattete, vernünftig und wirtschaftlich denkende Mensch weiss, dass Sparmassnahmen beim Unterhalt, egal wo, das dümmste ist was man tun kann, denn auf die Dauer wird damit nichts gespart! Ebenso ungeschickt sind die anderen Sparmassnahmen im Natur- und Landschaftsschutz, oder z.B. bei der Bildung, weil es sich dabei um die Nachhaltigkeit unsere Lebensgrundlagen handelt.

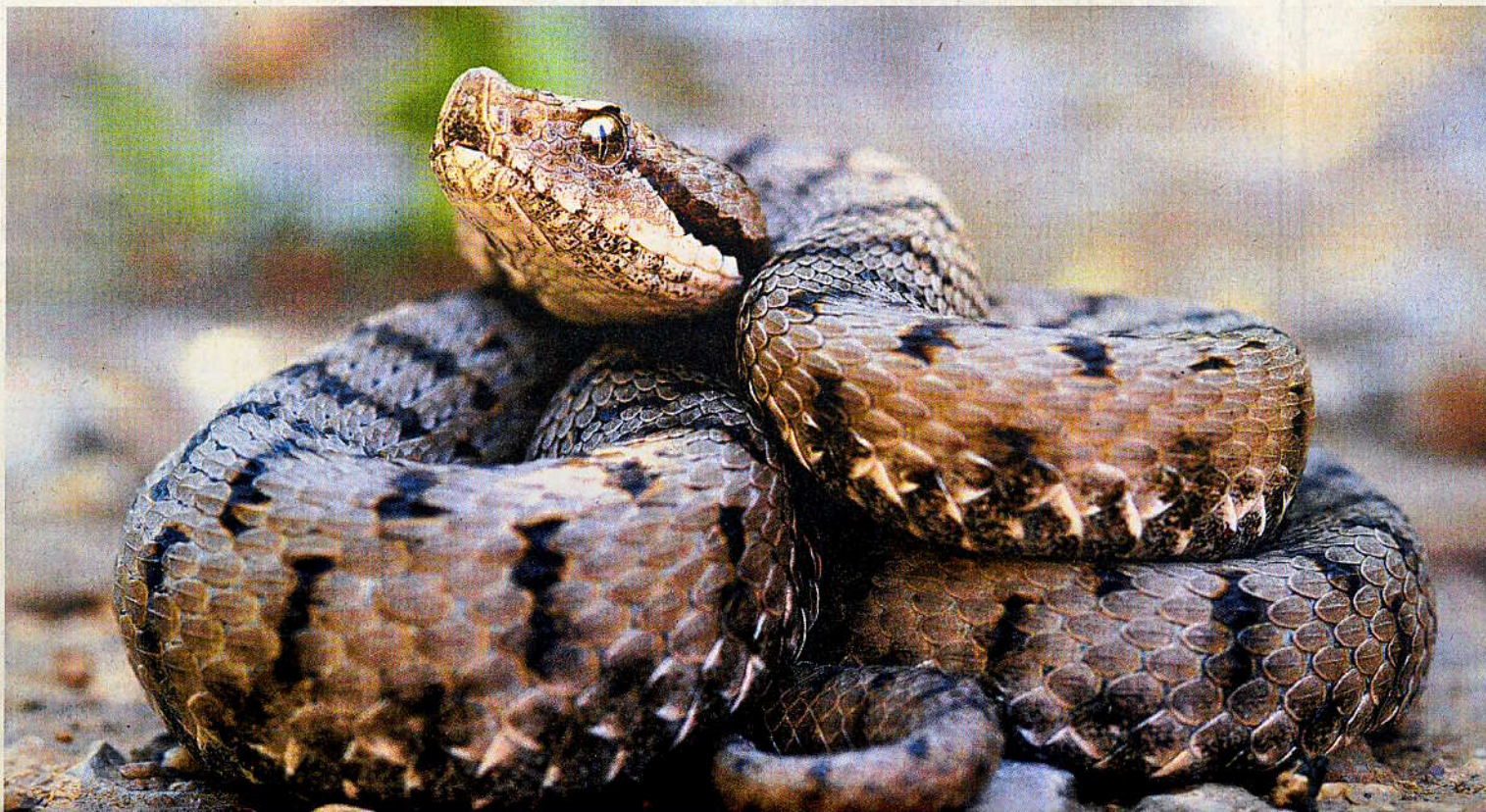
Wir stehen leider immer mehr vor der Frage, ob die von uns gewählten und auch von uns dafür bezahlten Interessenvertreter wirklich unsere Interessen vertreten und ob das bei den nächsten Wahlen immer noch die richtigen Leute sein werden.

Martin Erdmann

# Regierung gibt Forfait beim Naturschutz

Das Baselbiet kann die Biodiversitätsziele 2020 wegen Geldmangels nicht erreichen

BAZ  
10.01.12  
S. 25



### Gefährdet.

Eigentlich wollte der Kanton seltene Arten wie die Aspiviper besonders intensiv schützen – vorerst sollen aber nur Aktionspläne ausgearbeitet werden.

Foto Felix Reimann

**Liestal.** Das Baselbiet ist ein Winzling, wenn es um die Erhaltung der weltweiten Biodiversität geht. Aber auch ein Winzling steht in der Pflicht. Was das für den Kanton heisst, schreibt die Regierung in ihrer Antwort auf eine Interpellation der beiden Landrätinnen Elisabeth Augstburger (EVP) und Regina Vogt (FDP): Das Baselbiet müsse gemäss den von der Staatengemeinschaft vor einem Jahr in Nagoya festgelegten Biodiversitätszielen 17 Prozent seiner Fläche bis 2020 unter Schutz stellen. Doch geschützt seien derzeit 7,3 Prozent – und weil die personellen und finanziellen Ressourcen fehlten, könne das Ziel bis 2020 nicht erreicht werden.

Die Regierung listet stichwortartig auf, wo es überall hapert. An erster Stelle nennt sie die «ungeschmälerte Sicherstellung der bedeutsamen Naturobjekte». Dabei gehe es vor allem um die Unterschutzstellung von Trockenwiesen und -weiden gemäss dem vom Bund erstellten Inventar, aber auch um den Schutz von Waldflächen, erläutert Peter Tanner, Leiter der Abteilung Natur und Landschaft beim Kanton. Um bei den besonders artenreichen Trockenwiesen und -weiden einen dauerhaften Schutz herzustellen, bräuchte es einen Regierungsbeschluss mit einem nachfolgenden Grundbucheintrag der Flächen sowie eine Entschädigung der Besitzer.

Doch dazu fehlten beim Kanton Geld und Personal, sagt Tanner. Ab 2012 noch mehr, ist anzufügen. Denn die Regierung hat im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 den Posten Unterschutzstellungen im Offenland um 280 000 auf 100 000 Franken heruntergefahren.

### Neophyten wuchern weiter

Aber auch bei bestehenden Schutzgebieten läuft es nicht optimal, denn es fehlt laut Regierung an Unterhalt, Aufsicht, Öffentlichkeitsarbeit und Besucherlenkung. Tanner ergänzt, dass man insbesondere in der viel begangenen Reinacherheide den Naturschutzdienst erhöhen sollte und weist auch auf Handlungsbedarf beim neuen Schutzgebiet Klingenthal in Muttenz hin, in das die Amphibien der Zurlindengrube gezügelt werden sollen: «Wir können nicht nur verbieten, sondern müssen die Besucher informieren, damit sie die Einschränkungen akzeptieren.»

Dramatischer sieht es in einem ganz anderen Bereich aus, der in der Regierungsrätlichen Antwort auch angeschnitten wird: Die eingeschleppten Schädlinge Japanischer Knöterich, Drüsiges Springkraut und Goldrute – die sogenannten Neophyten – breiten sich teilweise explosionsartig aus und verdrängen einheimische Pflanzen. Vor allem der Knöterich macht den Naturschutzorganisationen, aber auch Tanner grösste Sorgen: Er kann ohne Herbi-

zid, dessen Einsatz entlang von Gewässern jedoch verboten ist, kaum beseitigt werden. Das heisst, je länger man wartet, desto grösser wird das Problem.

Die Federführung bei der Bekämpfung der Neophyten liegt beim Sicherheitsinspektorat. Doch dieses ist bei der Regierung zum wiederholten Mal aufgelaufen. Es teilte Gemeinden und Naturverbänden kurz vor Weihnachten mit, dass die Regierung die ausgearbeitete Strategie zur Bekämpfung der Neophyten aufgrund der Sparmassnahmen zurückgestellt habe und nicht an den Landrat weiterleite. Dies habe zur Folge, dass der Kanton über keine zusätzlichen Mittel gegen die Neophyten verfüge, so das Sicherheitsinspektorat.

### Ins untere Mittelfeld abgerutscht

Dass die Naturschutzverbände mit der Situation unzufrieden sind, liegt auf der Hand. Und sie sehen sich bestätigt. Unabhängig voneinander sagen die Geschäftsführer vom Basellandschaftlichen Natur- und Vogelschutzverband und von Pro Natura Baselland, Susanne Bréchet und Urs Chrétien: «Bisher hat der Kanton immer behauptet, der Naturschutz habe genug Geld und Personal. Jetzt gibt er uns recht und gesteht ein, dass es an beidem fehlt.»

Bréchet moniert, dass der Kanton mit dem Stopp bei den Unterschutzstellungen im Offenland den Biodiversitätszielen diametral entgegenlaufe, die

Neophytenbekämpfung völlig verschleife und im Vergleich mit den anderen Kantonen von einem einstigen Spitzenplatz ins untere Mittelfeld abgerutscht sei. Und Chrétien sagt: «Das wirft ein schlechtes Licht auf den Kanton und zeigt, dass der Naturschutz für die Regierung in die Kategorie nice to have gehört.»

### Fünf Arten auf Prioritätenliste

Zumindest in gedrosseltem Tempo geht es bei der Artenförderung vorwärts, einem Bereich, in dem die Regierung ebenfalls «grössten Handlungsbedarf» sieht und Hausaufgaben vom Bund erfüllen muss. Sie hat beim Institut für Natur-, Landschafts- und Umweltschutz (NLU) der Universität Basel ein Artenförderungskonzept mit einer Liste der Prioritätsarten in Auftrag gegeben. Darin schlägt das NLU 45 Pflanzen- und Tierarten vor – darunter Wildkatze, Aspispiper und Gartenrotschwanz –, für die der Kanton aufgrund von Vorkommen und Gefährdung eine spezielle Verantwortung hat.

Der Kanton werde «sicher 2012» entscheiden, welche fünf bis acht Arten Vorrang hätten, und in den nächsten vier Jahren Aktionspläne ausarbeiten, sagt Peter Tanner. Bleibt zu hoffen, dass die gefährdeten Arten so lange ausharren und nicht mangels Lebensräumen aus dem Baselbiet verschwinden wie schon Wiedehopf, Steinkauz und Co.